

PRESSEMITTEILUNG

17. August 2021

Geflüchtete aus Afghanistan unbürokratisch und schnell aufnehmen

Mit der Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention hat sich Deutschland vor nunmehr 70 Jahren verpflichtet, Menschen aufzunehmen, die von Krieg oder Folter betroffen oder bedroht sind. Die Menschen in Afghanistan brauchen jetzt mehr denn je unsere Unterstützung. Nur auf Druck von Nichtregierungsorganisationen ist es gelungen, einen Abschiebestopp nach Afghanistan zu erwirken. Das war in der letzten Woche. Die Verantwortlichen haben viel zu lange damit gewartet. Nun haben die Taliban auch Kabul eingenommen und damit die Macht in Afghanistan übernommen. Nicht nur Menschen, die für Deutschland und andere Truppen gearbeitet haben, sind von Verfolgung und Tod bedroht.

Deutschland kommt auch seinen Verpflichtungen der Genfer Flüchtlingskonvention nicht nach. Den Menschen in Afghanistan droht unbeschreibliches Leid durch Verfolgung, Folter und Tod. Menschen, die als Übersetzer*innen für die Bundeswehr gearbeitet haben, stehen auf der Todesliste. Frauenrechtler*innen, die sich für die Freiheit von Frauen und Mädchen eingesetzt haben, bangen um ihr Leben. Und auch aus Deutschland abgeschobene Asylbewerber*innen werden von den Taliban als Kollaborateure betrachtet, sie sind akuter Lebensgefahr ausgesetzt, wie eine Studie von ProAsyl belegt.

„Asyl ist kein Gefallen, sondern ein Menschenrecht“

„Wir fordern hiermit die Bundesregierung auf, sofort unbürokratisch zu helfen und den Menschen Asyl in Deutschland zu gewähren. Asyl ist kein Gefallen, sondern ein Menschenrecht. Deutschland muss seine Verantwortung aus 20 Jahren Afghanistan-Einsatz ziehen und sich für sichere Fluchtwege und Aufnahmeprogramme einsetzen. Afghanistan ist nicht sicher und wird es unter einer Herrschaft der Taliban für Afghan*innen, die sich für Menschenrechte und Demokratie eingesetzt haben, nicht werden. Unsere Solidarität gilt allen Menschen in Afghanistan und den afghanischen Klient*innen in den psychosozialen Zentren, die Angst um ihre Angehörigen vor Ort haben und sich um die Zukunft von Afghanistan ernsthaft sorgen.“

Lukas Welz, Geschäftsführender Leiter BAfF e.V.

Über die BAfF und die psychosozialen Zentren

Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V. (BAfF) ist der Dachverband der Psychosozialen Zentren, Einrichtungen und Initiativen, die sich die psychosoziale und therapeutische Versorgung von Überlebenden von Folter, Krieg und Flucht in Deutschland zur Aufgabe gemacht haben. Seit 25 Jahren engagiert sich die BAfF für vollen Schutz und gleiche Rechte für Geflüchtete. Weitere Informationen unter <https://www.baff-zentren.org/>

Lukas Welz steht für **Interviews und Statements** gerne zur Verfügung. Wenden Sie sich dafür bitte an Isabelle Hindenberg, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der BAfF, unter 01575 87 57 826 oder isabelle.hindenberg@baff-zentren.org